

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. bei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. Inbegriff Postgebühren. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postkonten, Postämter und andere Ausgabestellen zu jeder Zeit besetzt. Inhaber: Herrmann, Wilsdruff. Druck: Wilsdruffer Druckerei, Wilsdruff. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: Die 8er-Zeile (Kontingente 20 Wp.), die 4er-Zeile (Kontingente 40 Wp.), die 2er-Zeile (Kontingente 80 Wp.), die 1er-Zeile (Kontingente 160 Wp.). Die 1er-Zeile (Kontingente 160 Wp.) sind nach Möglichkeit zu übernehmen. Die 1er-Zeile (Kontingente 160 Wp.) sind nach Möglichkeit zu übernehmen. Die 1er-Zeile (Kontingente 160 Wp.) sind nach Möglichkeit zu übernehmen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 231 — 91. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postkod: Dresden 2640

Sonnabend, den 1. Oktober 1933

Verkrampfung.

Politische Experimente — Ein schwerer Gang —
Angriffsfronten.

Sowenig England eine Verfassung im Sinne etwa der europäischen Staaten oder gar Nordamerikas hat, ist sein politisch-parlamentarisches Leben in feste Formen und Normen etwa nach deutschen Zuständen gepreßt. Es ist eben — das Leben der Engländer selbst, und daher der Wirklichkeit ebenso angepaßt, wie die Menschen es sind. Nur wer deren Lebenssinn erkennt, vermag auch den Sinn ihres politischen Willens und Handelns zu erfassen; und es ist ein übertrieben zugespitztes, im Wesen aber nicht ganz unrichtiges Wort, wenn ein geistvoller englischer Politiker von einem großen deutschen Staatsrechtslehrer sagte, dieser habe als einziger Ausländer das englische Verfassungsleben verstanden; allerdings habe er es falsch verstanden. Darum verließ es auch gegen jede verfassungsgeschichtliche Theorie, daß vor einem Jahre trotz eines gewaltigen konservativen Wahlsieges ein Koalitionskabinett aller drei Parteien, also der Sieger und der Besiegten, an das Staatsruder trat und als Kapitän der alte Führer der Arbeiterpartei auf der Kommandobrücke blieb. Es kam auf Partei, dogmen“ ebensowenig an wie auf Partei, sieden nur darauf, mit gesamt und gesamt meller Kraft einen Ausweg aus der Währungschwäche, dem Haushaltsdefizit und der Wirtschaftsnote mit ihrer furchtbaren Arbeitslosigkeit zu suchen und zu finden. Für alles glaubte man diesen Ausweg in einem mehr als gründlichen Herumschwenken Englands zur Hochschulpolitik sehen zu können. Der Trumpf „Bedrohte Inflation“ stand aber für die Behebung der Wirtschaftsnote und damit der Arbeitslosigkeit nicht, obwohl die Schulzollmauern immer höher wurden. Für die Liberalen im Kabinett Macdonald war dieses Experiment so lange erträglich, als es eben Experiment blieb und nicht eine grundsätzliche, mithin endgültige Wendung vom Freihandel zur Hochschulpolitik bedeutete. Das aber ist auf der Konferenz von Ottawa immerhin doch soweit geschehen, als sich das Mutterland von den Dominionen ziemlich feste Schulzollnerische Fesseln anlegen ließ, so daß es handelspolitisch nur sehr kleine Schritte tun kann. Da der Versuch der liberalen Kabinettsmitglieder, die gezeichnete „Verankerung“ der Beschlüsse von Ottawa noch hinauszuschieben, gegen den Widerpruch ihrer konservativen Kollegen nicht durchdrang, sind die radikalere Mitglieder des liberalen Regierungsfüßels zur Demission geschritten. Eine ähnliche Spaltung erfolgte übrigens auch unter den Ministern und Staatssekretären, soweit diese — früher — der Arbeiterpartei angehörten, so daß jetzt der konservative Flügel stark gewachsen ist und das Kabinett — unter Macdonald — eigentlich beherrscht.

Wir Deutsche haben von dieser Entwicklung innerhalb des englischen Kabinetts schon einiges zu spüren bekommen: die Antwortnote Englands, Hendersons, des alten Arbeiterparteilers, vergebliche Vermittlungsversuche in Genf usw. Daß der „Sommer unseres Mißvergnügens“ jetzt in den Herbst der außenpolitischen Vertiefung überging, spüren wir ebenfalls und müssen leider befürchten, daß die bereits bestehende weltwirtschaftliche Verkrampfung — und zwar nicht bloß die in Ottawa geschaffene! — eher zu als abnimmt. Unsere Unterhändler geben einen schweren Gang, wenn sie jetzt versuchen, bei unseren Handelsvertragspartnern Einsicht und Entgegenkommen gegenüber unseren Beschlüssen der agrarpolitischen Einflußkontingentierung herbeizuführen. Ob unsere Unterhändler Erfolg haben werden? Daß große Teile unserer Industrie und unseres Außenhandels Schweres für die Zukunft befürchten, ist ja von ihnen gerade in der letzten Zeit oft und laut gesagt worden. Aber nicht wir Deutsche sind die Erfinder dieser Methode für die Hemmung des Warenaustausches; denn den Weg zur Kontingentierung, den auch wir jetzt gehen müssen, als allererstes Land eingeschlagen zu haben, ist ausgerechnet Frankreichs wenig erfreulicher Ruhm. Dabei hat sich die französische Regierung nicht allzuviel um entgegenstehende handelsvertragliche Bestimmungen gekümmert! Mit der steigenden weltwirtschaftlichen Verkrampfung — als Auftakt für die Weltwirtschaftskonferenz! — wird aber für uns das Problem unserer Auslandsverpflichtung immer gefährlicher und folgenschwerer. Wie sollen wir diesen überhöhten Verpflichtungen nachkommen, wenn man unserer Schuldenbezahlung durch Warenexport immer noch wachsende Hindernisse in den Weg legt? Jetzt ist von neuem in Deutschland selbst eine umfangreiche Zwangsberabsetzung des Zinsniveaus für langfristige Schulden erfolgt, weil diese Verpflichtungen nicht mehr aus dem Betriebsertrag, sondern aus der Vermögenssubstanz gezahlt oder — nicht gezahlt werden müßten. Was hier für große Teile der deutschen Privatwirtschaft festgesetzt ist und gilt, trifft aber auch für die deutsche Volkswirtschaft zu. „Einst wird kommen der Tag“ — und vielleicht ist er durch die wachsende Abferrung der Welt gegen deutsche Waren nähergerückt, als man drauhen ahnt —, an dem es uns nicht mehr möglich ist, unseren Verpflichtungen gegenüber den ausländischen Gläubigern nachzukommen. Vor allem aber ist die wachsende Verkrampfung im Weltmarkt das wirklich allerbeste Mittel gegen den Wiederaufbau des zerstörten Weltkredits und damit der Weltwirtschaft selbst! Deren Krise kann doch nur überwunden werden, wenn man zusammenkommt, nicht aber, wenn die gegenseitige Abtapselung wächst!

Keine Venderung der Außenpolitik.

Erklärungen Neuraths über Genf.

Die außenpolitischen Richtlinien der Reichsregierung.

Reichsaußenminister von Neurath, dessen Haltung in Genf vom Kabinett einmütig gebilligt worden ist, hat vor der Presse seine Eindrücke bei den jüngsten Verhandlungen in Genf dargelegt und dabei ein klares Bild der weltwirtschaftlichen Lage gegeben, wie sie sich durch die Gleichberechtigung Deutschlands in der Rüstungsfrage herausgebildet hat. Herr von Neurath wies zunächst darauf hin, daß die deutsche Delegation für die Völkerverammlung in Genf sich die allgemein wirtschaftlichen Fragen und die Sorgen der deutschen Kinderherren angelegen sein ließ. Die deutsche Delegation hat in Genf auch die anderen Mächte darauf hingewiesen, daß das Völkerbundsekretariat so umgebildet werden müsse, daß die Gleichberechtigung der einzelnen Völkerverbundmitglieder besser zum Ausdruck komme und daß der ganze Apparat des Völkerbundes billiger werde.

Im Mittelpunkt der Genfer Politik standen natürlich die Abrüstungsfragen. Die eigentliche Tagesordnung des Völkerbundes trat ganz in den Hintergrund. Der Reichsaußenminister legte noch einmal dar, wie es zur Aufstellung der deutschen Gleichberechtigungsforderung gekommen ist. Die Notwendigkeit dazu ergab sich in dem Augenblick, wo die Abrüstungskonferenz sich mit einer Begründung verweigerte, die deutlich erwies, daß die anderen nicht auf den gleichen Rüstungsstand wie Deutschland heruntergehen wollten. Dadurch ergab sich für Deutschland der Zwang, seine Forderungen unter Hinweis auf die Verpflichtungen des Versailler Vertrages aufzustellen und an die anderen Mächte

die offene Frage zu richten, welche Folgen die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz für Deutschland haben.

Deutschland versuchte zunächst durch vertrauliche Verhandlungen mit Frankreich darauf eine Antwort zu bekommen, aber Frankreich hat die Verhandlungen abgelehnt und ist jeder klaren Antwort ausgewichen; ja es ist dazu übergegangen, Deutschland besonders in Amerika anzuschwärzen und von deutschen Geheimrüstungen zu reden, wobei man auf Geheimdokumente hinwies, die angeblich im Besitze von Frankreich seien.

Die Pariser Regierung hat aber bis jetzt nicht gewagt, die Dokumente zu veröffentlichen. Die Gegenseite wolle damit die Welt nur darüber hintertäuschen, daß die Abrüstungsverhandlungen bis jetzt vergeblich waren, daß

die anderen Staaten überflüssig

seien, und man wolle dadurch auch die Verpflichtungen des Versailler Vertrages zur Abrüstung verschleiern. Die Haltung Deutschlands könne aber, so betonte der Reichsaußenminister, durch derartige Methoden der Gegenseite nicht beeinflusst werden.

Herr v. Neurath hatte in Genf Gelegenheit, in der Unterhaltung mit den Vertretern der maßgebenden Mächte die Auffassung über die deutsche Forderung zu hören. Dem Vertreter Englands hat der Außenminister sehr klar die Meinung über die bekannte ablehnende englische Note an Deutschland dargelegt; in der Unterhaltung mit dem italienischen Vertreter gewann der Außenminister den Eindruck, daß

den Gläubigern nachzukommen. Vor allem aber ist die wachsende Verkrampfung im Weltmarkt das wirklich allerbeste Mittel gegen den Wiederaufbau des zerstörten Weltkredits und damit der Weltwirtschaft selbst! Deren Krise kann doch nur überwunden werden, wenn man zusammenkommt, nicht aber, wenn die gegenseitige Abtapselung wächst!

Auch in dem nur einen kleinen, aber nicht unwichtigen Teil dieser Welt ausmachenden deutschen Wirtschaftskreislauf ist Ziel und Methode des Wiederaufbaues eingestellt auf ein Zusammenkommen und Zusammenarbeiten. Bei uns ist aber der Kampf der Einsicht in die Wirklichkeiten und Notwendigkeiten gegen wirtschaftliche, politische und soziale Verkrampfungen und Verfestigungen, besonders schwer gewesen und wird durch den Wahlsieg nicht gerade erleichtert. Und doch — das wissen alle Freunde und Gegner des Papen-Programms ganz genau — hängt von dessen Gelingen oder Mißgelingen viel mehr ab als von all den früheren Versuchen solcher Art, die gegenüber den Stößen der Krise in der Defensive blieben müßten; jetzt aber will man doch zum Angriff übergehen!

Dr. Pr.

in Italien großes Verständnis für die deutsche Forderung

befiehl. Zur Unterhaltung mit Henderson, dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, erklärte Herr v. Neurath, Henderson sei sichtlich bemüht, die Abrüstungskonferenz vor einem Mißerfolg zu retten, aber bis jetzt hätten seine Verständigungsversuche wenig Aussicht auf Erfolg. Trotzdem sei Henderson immer noch zuversichtlich.

Herriots Haltung.

Was Herriot angeht, so erklärte der Außenminister, bin ich einer Unterhaltung mit ihm nicht ausgewichen. Herriot wußte, daß der deutsche Außenminister zur Verfügung stehe, die beiden Delegationen standen in Fühlung, aber Herriot hatte offenbar nichts zu sagen. Ursprünglich hatte Herriot gar nicht die Absicht, in Genf eine Rede zu halten, dann sei plötzlich, obwohl man Neuraths Reisepläne kannte, eine Rede für Donnerstag angekündigt worden. Da die deutsche Delegation hörte, daß in der Rede von der Abrüstung nicht gesprochen werden sollte, habe für den Außenminister kein Grund bestanden, seine seit Tagen vorgesehene Abfahrt nach Berlin zu verschieben. So spielten sich die Dinge in Genf ab. Nun liegt es an den anderen, so betonte der Reichsaußenminister vor der Presse, Angebote zu machen. Neues haben wir nichts zu sagen. Wir verlangen im Rahmen der allgemeinen Abrüstung

die gleiche Freiheit in der Wehrfrage wie die andern. Keine deutsche Regierung kann auf das Lebensrecht der Verteidigung und der Sicherheit verzichten.

Wie soll es nun weitergehen? Darauf erklärte Herr von Neurath, wir werden uns an den allgemeinen Verhandlungen der Abrüstungskonferenz nicht mehr beteiligen, bis Sicherheit dafür gegeben ist, daß die Verechtigung unserer Forderung auf Gleichberechtigung von keiner Seite mehr angezweifelt wird und bis Klarheit darüber besteht, daß die allgemeine Abrüstungskonvention für uns ebenso wie für die andern gilt. Wir warten ab, ob man von der andern Seite unsern Wünschen entgegenkommt, wird sind jederzeit zu Verhandlungen bereit.

Durchsichtige Pariser Manöver.

Ein angeblicher Kompromißplan Hendersons in der Gleichberechtigungsfrage.

Die Pariser Presse will jetzt von einem angeblichen Kompromißplan Hendersons zur Regelung der Gleichberechtigungsfrage wissen, an dem auch der englische Außenminister Simon mitgearbeitet haben soll. Dieser Entwurf solle dazu bestimmt sein, einen „Ausweg“ aus der durch das Fernbleiben Deutschlands von der Abrüstungskonferenz geschaffenen Lage zu finden. In dieser angeblichen Erklärung Hendersons, die Deutschland die Rückkehr nach Genf ermdöglich soll, seien

drei Grundsätze aufgestellt:

1. Deutschland darf nicht „aufrüsten“. Der Teil V des Versailler Vertrages werde „in einer revidierten und umgestalteten Form in das künftige Abrüstungsabkommen aufgenommen“. 2. Die stark gerüsteten Mächte schritten zu einer „verhältnismäßigen, wesentlichen Herabsetzung ihrer Rüstungen“. 3. Die Ausnahme dieser beiden Grundsätze bedeuete die „endgültige Regelung der Gleichberechtigungsfrage“.

Diese französischen Behauptungen, die offensichtlich den Eindruck erwecken sollen, als ob der Weg für die Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz „bereits gebahnt“ sei, entsprechen nicht den Tatsachen.

Dem Reichsaußenminister sind vor seiner Abreise keine derartigen Vorschläge gemacht worden. Der angebliche Plan Hendersons ist selbstverständlich für Deutschland nicht annehmbar, da er unter dem Deckmantel eines Kompromisses Deutschlands Wehrmacht verewigen würde.

Scharfe deutsche Kritik an der Finanzverwaltung des Völkerbundes.

Genf, 30. September. Im vierten Ausschuss der Völkerverversammlung für die Finanzlage des Völkerbundes und die Reorganisation des Völkerbundssekretariats übte am Freitag der Vertreter Deutschlands, Staatssekretär z. B. v. Rheinbaben, scharfe Kritik an der Finanzgebarung des Völkerbundes. Er forderte weitgehende Einschränkung des Tätigkeitsgebietes, Reorganisation des gesamten Verwaltungsapparates, Abbau überflüssiger Beamter und der Beamtengehälter. Der deutsche Vertreter wies ausdrücklich daraufhin, daß er zu der auf der Tagesordnung stehenden Frage der Neubildung der politischen Leitung des Völkerbundssekretariats in den weiteren Auspro-